

- 1.) Die Nutzenden unterschiedlicher Verkehrsmittel haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung, sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Fehler der Vergangenheit, bestimmte Verkehrsmittel singulär zu fördern, dürfen sich nicht wiederholen. Auch Fahrradpolitik muß sich der breiten Akzeptanz bei der Gesamtbevölkerung versichern. Diese Akzeptanz wollen wir abfragen, bevor zu Lasten der Steuerzahlenden zu viele neue Stellen für Verwaltende geschaffen werden.
- 2.) Bei der Neuaufteilung des öffentlichen Raumes muß dessen zwangsläufig beschränkte Verfügbarkeit berücksichtigt werden. Ein populistisches Ziel an Radwegen zu Lasten anderer Verkehrsteilnehmenden wie Zufußgehende, Rollstuhlfahrende, Tretrollernutzende oder sonstigen Sichbewegende wird es mit der FDP nicht geben.
- 3.) Die Bereitstellung von Mitteln zu einer erneuten Umwidmung öffentlicher Räume braucht bürgerliche Akzeptanz. Wir wollen daher alle Anliegenden je konkret an der Entscheidung beteiligen, welche Form von Verkehrswegen sie in ihrer Straße und vor ihren Häusern wünschen.
- 4.) Die künftige Radpolitik in Duisburg muß mit den Mitteln bewerkstelligt werden, die nach der Überwindung der Corona-Krise mit ihren fatalen ökonomischen Folgen zur Verfügung stehen. Das werden leider nur sehr geringe Mittel sein können.
- 5.) Freiheit und Verantwortung gehören für die FDP untrennbar zusammen. Wir setzen uns daher für eine Stärkung der Verantwortlichkeit aller Fahrradfahrenden ein und werden in Duisburg eine Kennzeichnungspflicht (Nummernschilder) für Fahrräder durchsetzen.